

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Drahtschicht: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Für die Nachrichten: Nr. 20011
Schiffelung u. Compilationsstelle:
Dresden - K. 1., Wartenstraße 28/29

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. April 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Post 1,70 Mk.
Bezugspreis für Monat April 3,40 Mk. einchl. 96 Pfg. Postgebühr (ohne Wohnungszuschlag).
Einzelnnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach
Gesamtergebnis berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 20 mm breite Reklameweile
200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Cierengebühren 30 Pfg. Kustodien für Nachdruck gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt,
Dresden, Wollsch-Str. 10/63 Dresden
Nachdruck nur mit druckl. Quellenangabe
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unberichtigte
Schriftzüge werden nicht aufbewahrt

Brünnings Bericht an die Zentrumsführer

Seine Aufgabe: Rassenanierung und Agrarhilfe

Berlin, 6. April. Der Reichsausschuss der Zentrumspartei trat am Sonntag unter starker Beteiligung aus dem Reich im Reichstag zu seiner Tagung zusammen. Der stellvertretende Vorsitzende,

Abg. Joos.

übermittelte in seiner Eröffnungsansprache zunächst dem abwesenden Parteiführer Dr. Raas herzliche Grüße. In seinem Rückblick auf die letzten politischen Ereignisse betonte er, daß das Zentrum sich mit allen Mitteln bemüht habe, die Arbeitsgemeinschaft der Großen Koalition zu erhalten. Als der Ruf des Reichspräsidenten dann an den Fraktionsführer des Zentrums erging, sei der Blick der Fraktion nicht nur auf die politische Aufgabe der Partei, sondern auf das Land gerichtet gewesen, dem nach dem monatelangen Schauspiel freitender Parteien nicht noch das Trauerspiel einer wochenlangen Kabinettskrise geliefert werden durfte.

Das neue Kabinett sei in Zusammensetzung und Aufgabe durch ein Höchstmaß von Vollverantwortung und Führerverantwortung gekennzeichnet.

In der anschließenden Aussprache nahmen u. a. auch der Reichskanzler und die übrigen Zentrumsminister das Wort.

Reichsinnenminister Dr. Wirth

stellte fest, auch nach den Äußerungen Fardeus könne kein Zweifel darüber bestehen, daß nach der Annahme des Youngplans Sanktionen im Sinne des Versaillesvertrages nicht mehr möglich seien. Wohl seien Repressalien möglich, über deren Anwendung entscheide aber das Internationale Schiedsgericht im Haag. Es sei verfehlt, wenn vielfach befürchtet werde, daß wegen der vorgerückten Zeit die Räumung der dritten Zone nicht mehr rechtzeitig erfolgen könne. Bis zum 1. Juli ständen noch drei Monate zur Verfügung. Es müßte um die Schlagkraft der französischen Armee schlecht bestellt sein, wenn es ihr nicht möglich sein sollte, die Räumung bis dahin durchzuführen. Die Schuld an dem Scheitern der Großen Koalition treffe ausschließlich die Sozialdemokratie.

Der Minister betonte weiter, daß auch die neue Reichsregierung an den Prinzipien der bisherigen Innen- und Außenpolitik festhalte.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald verbreitete sich über die nächsten Aufgaben der Sozialpolitik. Die Meinungsverschiedenheiten bei der Arbeitslosenversicherung seien grundsätzlich gar nicht so tief. Es handle sich in der Hauptsache um die Deckungsfrage. Der Minister bekannte sich zur Fortführung der bisherigen Sozialpolitik.

Darauf nahm, mit stürmlichem Beifall begrüßt,

Reichskanzler Dr. Brüning

das Wort. Anknüpfend an seine Rede auf dem Parteitag der rheinischen Zentrumsgruppe in Köln betonte er, daß er, obwohl er damals alle Schwierigkeiten hingewiesen habe, denen die Innenpolitik entgegengehe würde, bis zum letzten Augenblick, bis zur letzten Sekunde alle Kraft daran gesetzt habe, um die politische Krise zu vermeiden. „Wir“, so fuhr Dr. Brüning fort, „sind in sachlicher Beziehung zu jeder Konzeption bereit gewesen. Und kam es, wie die Zentrumspartei durch ihre Vertreter und Minister immer wieder erklärt, nur darauf an, daß die damalige Koalition gerettet würde, und daß der Parlamentarismus seine Pflicht gegenüber dem ganzen Volke erfüllt.

Wenn die Sozialdemokratie ein Interesse daran hat, die Brücke zur Zentrumsgruppe nicht abzureißen, würde sie in ihrem Auftreten gegenüber der Zentrumsgruppe andere Methoden als in den letzten Tagen anzuwenden haben.“

Unter Hinweis auf die Auseinandersetzungen um die Arbeitslosenversicherung, die schließlich zum Sturz der alten Regierung führte, erklärte Dr. Brüning: „Die Krise ist gekommen durch eine

gewisse Koalitionsunfähigkeit.

Es ist gekommen, weil bei den innerpolitischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre immer und immer wieder nur die außenpolitische Situation maßgebend die innere schuf. Wenn der Youngplan von allen in Frage kommenden Mächten in kurzer Zeit ratifiziert sein wird, dann kommt doch zuerst das große Problem der internationalen Anleihe. Glaubt man denn im Auslande, diese Summe von 1,2 Milliarden unterbringen zu können, wenn in Deutschland Finanzen und Wirtschaft nicht in Ordnung sind? Und von dieser Anleihe ist doch wiederum die weitere Entwicklung des Geldmarktes und der Wirtschaftslage unbedingt und entscheidend abhängig. Davon ist abhängig, ob wir in diesem Jahre ein Steigen der Erwerbslosenziffer oder ein Absinken zu verzeichnen haben werden. Wir wollen daran festhalten, und

wir haben unsere Politik darauf gerichtet, das Parlament nicht in eine hoffnungslose Stellung gegenüber der Wählerchaft sinken und es arbeitsunfähig werden zu lassen, sondern das Parlament zu zwingen, sich anzuzustrengen und die Verantwortung zu übernehmen.“

Auf seine Verhandlungen am die Kabinettbildung übergehend, betonte Dr. Brüning, daß eine Lösung mit dem alten Kabinett unmöglich gewesen sei. Eine Lösung, die nach links ging, hätte man schon in Vorverhandlungen gesucht, sie sei jedoch an der Tatsache gescheitert, daß eine kleinere Partei Vorberatungen stellte, die außer dem Zentrum auch die übrigen Parteien glaubten nicht übernehmen zu können. „Hätte ich

mich dem Auftrag des Herrn Reichspräsidenten verweigert, dann hätte niemand gewußt, wer dann die Führung bekommen hätte. Wir haben ein Interesse daran, auch wenn Parlament und Kabinett jetzt vor außerordentlichen Schwierigkeiten gestellt werden, einen Grundriß der Politik der Zentrumsgruppe auch in dieser Situation durchzuführen:

Wäßigung in allen Mitteln, in allen Methoden, in allen Wegen, die notwendig sind, um das Ziel zu erreichen.

Entweder verläßt die ganze Wirtschaft und der Parlamentarismus, oder es müssen da Männer sein, die den Mut haben, dagegen zu kämpfen. Ich bin allerdings der Ueberzeugung, daß man, wenn es auch schwer sein sollte, den Mut haben müsse, in die Breiche zu treten und den Kampf für die Rettung der Demokratie und des deutschen Volkes zu wagen. Kein anderer Beweggrund war für mich bei dieser schweren Entscheidung maßgebend. Ich sage jedoch das eine:

Wenn ein bestimmter Plan vorgelegen hätte, dann hätte ich nicht genau 48 Stunden gebraucht, dann hätte ich ein Kabinett in 2 bis 3 Stunden auf die Beine stellen können.

Zu den verschiedentlichen Angriffen von sozialdemokratischer Seite betonte Dr. Brüning im Zusammenhang, daß er in den vergangenen Jahren wiederholt Persönlichkeiten aus den verschiedensten Lagern empfangen hätte. Er hätte auch diesen Herren erklärt, daß er bis zum letzten Augenblick kämpfen würde, daß die gegenwärtige Koalition bis zum Schluß dieses Reichstages zusammenbleiben würde. „Ich habe das“, so hob Dr. Brüning hervor, „aus einer ganz bestimmten Ueberzeugung getan, da ich mir Sorge gemacht habe über die Entwicklung auf der Rechten. Daraus habe ich niemand gegenüber ein Geht gemacht, weil ich wünschte, daß

die jungen Kräfte auf der Rechten,

die gewillt waren, sich auf den Boden des heutigen Staates zu stellen, Zeit gehabt hätten, ein oder zwei Jahre ihre Wurzeln im Lande zu schlagen, um eine kräftige Partei zu werden, mit der wir gemeinsam arbeiten können.“

Uebergend zu den aktuellen Fragen, betonte Dr. Brüning, daß die Dinge, die notwendig wären zur Lebenshaltung des deutschen Volkes, durchgeführt würden. Hinter diesem Kabinett stehe zu diesem Zweck die ganze Autorität des Reichspräsidenten, und er sei überzeugt, daß hinter diesem Kabinett zur Erfüllung dieser Aufgabe auch die Mehrheit des deutschen Volkes geschlossen stehe. In Bezug auf das Regierungsprogramm betonte er, daß die Rassenanierung die Voraussetzung sei für die Sicherung des Kapitalmarktes, für das Einströmen neuen ausländischen Kapitals und deutschen Kapitals, das in ungeheurem Umfange

aus Verzweiflung an der Politik ins Ausland flüchtete. Das zweite sei, der Landwirtschaft für alle ihre Produkte stabile Preise zu sichern. Die Landwirtschaft müsse aus der Verzweiflung heraus.

„Wir müssen“, so fuhr er fort, „für die besonders bedrohten Gebiete des Ostens etwas Außergewöhnliches tun,

damit alles dort bleibt und nicht die Massenwanderung der um ihre Existenz bedrohten Landarbeiter und Bauernjöhne in die Großstädte erfolgt und das Problem der Arbeitslosigkeit zu einem unlöslichen macht. Was wir im Zusammenhang damit brauchen, ist eine stabile Wirtschaftspolitik. Unser Ausnahmsüberschuß muß wachsen, damit wir in der Lage sind, die Reparationssummen zu zahlen. Bislang hatten wir die Kontrolle des Reparationsagenten. Mit dem Augenblick der Annahme des Youngplans liegt die ganze Verantwortung ausschließlich auf dem deutschen Volke, dem Reichstage und der Reichsregierung.

Das ist die schwerste Aufgabe, die wir übernommen haben, und ich wünsche, daß eine Reihe von Parteien etwas sorgfältiger ihre Stellungnahme und Bedenken über den Youngplan nachgeprüft hätten. Die Freiheit auch auf diesem Gebiet erfordert eine Bezwingung gewisser Auswüchse im politischen Leben, sie fordert die Erziehung zur Verantwortlichkeit, von der die meisten Wähler vielleicht noch keine Vorstellung haben. Das Kabinett hat den Zweck, dem Volke klar zu machen, daß wir

vor neuen Entscheidungen in unserer Geschichte

stehen und daß wir aufrufen wollen zur Sparsamkeit auf allen Gebieten. Wenn es nicht gelingt, im Parlament die notwendigen Aufgaben zu erfüllen, muß das deutsche Volk selbst die Entscheidung in die Hand nehmen. Ich bin überzeugt, daß es dann in seiner Mehrheit wissen wird, was es in Zukunft in der innerpolitischen Entwicklung will.“

Reichsverkehrsminister v. Guérard erklärte u. a., daß eine Erhöhung der Reichsbahnzölle nach seiner Auffassung zur Zeit nicht tragbar sei.

Zum Schluß beschäftigte sich der Reichsausschuss mit Fragen der inneren Organisation der Partei.

In der Nachmittags Sitzung ergriff Reichsverkehrsminister v. Guérard das Wort und sprach über die Verkehrsverhältnisse im Westen und Osten. Die Oder müsse zu einer leistungsfähigen Wasserstraße des Ostens ausgebaut werden. Es werden deshalb in nächster Zeit bereits die nötigen Vorlagen dem Kabinett unterbreitet werden.

Den Schluß des gesamten Tages bildete dann die Schlussrede des Vorsitzenden Abgeordneten Joos. Joos gab namens aller Versammelten der Freude Ausdruck darüber, daß in dem neuen Kabinett dem Zentrum ein Mann entsprochen sei, der mit seltenem Ernst und mit Intelligenz seine Aufgabe auffaßt.

Das Kabinett vor neuen Schwierigkeiten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. April. Die neue politische Woche beginnt mit wenig freundlichen Ausblicken für das Kabinett Brüning. Schon der Verlauf der Beratungen des Steuerausschusses am Freitag und Sonnabend hat darauf hingedeutet, daß erhebliche Schwierigkeiten unmittelbar bevorstünden.

Besonders über die Biersteuer konnte keine Einigkeit erzielt werden.

und zwar kam die Opposition nicht einmal so sehr von deutschnationaler Seite, als von seiten derjenigen Parteien, die selbst Minister im Kabinett haben, so vor allem von der Wirtschaftspartei, den Christlichnationalen Bauern, aber auch von demokratischer Seite. Die Sozialdemokratie tut ihrerseits alles, um die parlamentarischen Schwierigkeiten des Kabinetts Brüning noch zu steigern. Ein weiterer Streitpunkt ist auch die von der Wirtschaftspartei beantragte Warenhaussteuer, auf die sich das Kabinett durchaus nicht einlassen möchte. Unter diesen Umständen hat beargwöhnungsvoll von neuem eine gewisse Nervosität Platz gegriffen, die sich auch in verschiednen Ministerreden am Sonnabend und Sonntag äußerte.

Gandhi an der Küste

Beginn der geschwindigen Salzgewinnung

London, 6. April. Gandhi hat am Sonntag früh mit seinen Anhängern bei Dandi das Salzmonopol der Regierung verlegt und mit der Salzgewinnung aus dem Meereswasser begonnen. Polizei war nicht anwesend, so daß es zu keinen Zwischenfällen kam. Der Vorgang spielte sich wie folgt ab: Gandhi begab sich nach Berrichtigung feierlicher Gebete mit 48 Anhängern am Strande zu einem Bade in die See. Eine große Menschenmenge gab ihm mit dem begeisterten Ruf „Mahatma Gandhihail“ das Geleit. Nach dem Bade schickten sich Gandhi und seine Genossen an, unter Zurücklassung gegen das Gesetz das am Strande liegende Salz zu sammeln.

Auch an anderen Orten wurde am Sonntag mit der Herstellung von Salz begonnen. Im Laufe des Sonntagvormittags sind nach Meldungen aus Bombay bereits 57 Personen verhaftet worden, darunter 55 wegen verbotener

Einsteigende Kreise wollen sogar aus der Rede, die der Reichskanzler Dr. Brüning vor dem Reichsausschuss der Zentrumsgruppe gehalten hat, eine gewisse

Kritikfähigkeit Dr. Brünnings

herauslesen. Auffallend war vor allem der Versuch, sich gleichsam von dem Vorwurf zu entlasten, als habe das Zentrum die Ausschiffung der SPD aus der Reichsregierung gefördert. Reichsinnenminister Dr. Wirth sagte u. a., daß der Zeitpunkt, zu dem die jetzige Regierung aufträte, vollkommen sei, nicht unbedingt der richtige zu sein brauche. Auch Dr. Brüning bekannte sich zu der Wirthschen Erklärung, daß die jetzige Regierung eigentlich zu früh gekommen sei.

Professur für Veder. Die der „Amtl. Preuss. Pressebüro“

mittelt, hat der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Grimme, dem Vorschlag der philosophischen Fakultät entsprechend, dem früheren Kultusminister Prof. Dr. Veder die ordentliche Professur für Pflanzwissenschaft an der Universität Berlin angeboten.

Verletzung des Salzmonopols. In Ahmedabad haben sich 50 Mädchen geweigert, die englische Flagge zu gründen und die Nationalhymne zu singen.

Im Zusammenhang mit Zusammenstößen zwischen streikenden Eisenbahnern und Polizisten in Bombay hat eine Versammlung der Eisenbahner beschlossen, sich der Bewegung des passiven Widerstandes anzuschließen. Der Eisenbahnverkehr ist normal. Der Präsident der Eisenbahnvereine und eine andere führende Persönlichkeit der Angestelltenbewegung sind verhaftet worden. Die Streikenden haben sich an der Eisenbahnlinie in der Nähe von Bombay versammelt und die dort zusammengezogenen Polizeikräfte mit Steinen beworfen. Die Polizei gab Schreckschüsse ab. Der Versuch der Streikenden, die Eisenbahnlinien zu blockieren und auf diese Weise den Verkehr lahmzulegen, ist fehlgeschlagen.

Das Schweizer Volk für Revision der Alkoholgesetzgebung. Die Revision der schweizerischen Alkoholgesetzgebung wurde bei der heutigen Volksabstimmung mit 482 000 gegen 317 000 Stimmen und mit 17 gegen 5 Kantonstimmen angenommen.